



**Helga Schwitzer**

**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall**

**„Arbeit für alle bei fairem Lohn“ -**

**1. Mai 2009**

**Kundgebung Friedrichshafen**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die Krise gehört zum Kapitalismus wie die Nacht zum Tage“, sagt der große Gewerkschafter Willi Bleicher.

Wie recht er hat, das merken wir in diesen Zeiten ganz besonders. Das treibt uns heute am ersten Mai hier auf die Uferpromenade.

Der erste Mai ist unser Tag. Der Tag der Arbeit.

Um **Arbeit** geht es am ersten Mai in diesem Jahr - mehr als in den Vorjahren:

-

Es geht darum, die Arbeitsplätze in der Krise zu erhalten. Eure Arbeitsplätze hier am Bodensee müssen erhalten bleiben! Eure Arbeitsplätze dürfen nicht der Krise zum Opfer fallen!

**Beschäftigungssicherung** ist das Gebot der Stunde.

Es geht darum, Eure Arbeitsbedingungen zu sichern und zu verbessern.

Es geht um **Gute Arbeit**.

Es geht um die Grundlagen für ein **gutes Leben**. Ein gutes Leben, das den Menschen Sicherheit und Frieden bietet. Ein Leben in Freiheit und Würde für alle Menschen.

Die Weltwirtschaft ist durch die Finanzmarktkrise an den Rand des Abgrundes getrieben worden. Diese Krise ist keine normale Wirtschaftskrise. Diese Krise ist eine Systemkrise. Tiefer, als die Weltwirtschaftskrise von 1929.

Das System des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist an die Wand gefahren. Das Ergebnis: ein wirtschaftspolitischer Totalschaden.

Den Scherbenhaufen können wir in den Betrieben besichtigen. Auch hier in Friedrichshafen.

ZF: Auftragseinbruch 60 Prozent. Kurzarbeit.

Voith: Kurzarbeit.

Aleris: Kurzarbeit.

Die Liste ist lang.

Überall haben die Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz. Wie auch bei Euch hier am Bodensee. Ihr bekommt hautnah mit, wie es ist, wenn erst die Leiharbeitsbeschäftigten gehen müssen, dann die Befristeten – und dann?!

Unsere Betriebsrätinnen und Betriebsräte betreiben täglich Krisenmanagement. Noch können sie die meisten im Betrieb halten. Aber wie lange noch?

Herr Kannegiesser, der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung Gesamtmetall, hat schon angekündigt: Die Krise wird nicht ohne Entlassungen vonstatten gehen. Prognosen sprechen von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf bis zu fünf Millionen.

Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit sind gefährdet wie noch nie.

Ich weiß nicht, wie es Euch geht, Kolleginnen und Kollegen!

Wenn ich mir diese Krise ansehe und mich erinnere, was uns die Kapitalisten und ihre Finanzjongleure in den letzten Jahren alles erzählt haben, dann wird mir ganz schlecht.

Herr Ackermann, Herr Westerwelle, Herr Kauder, Herr Hundt und wie sie alle heißen, wollten uns weismachen: Der Markt ist alles. Der Markt wird es schon richten. Wir brauchen keinen Staat. Oder höchstens einen schwindsüchtigen.

Sie wollten uns weismachen: Wir brauchen keine Mitbestimmung. Schon gar keinen Einfluss der Beschäftigten mit ihren Gewerkschaften.

Sie wollten uns weismachen: Wenn alles in ihrem Sinne weiterläuft, dann geht es auch mit der Wirtschaft bergauf.

Die gleichen Leute erzählen uns heute, das sei alles gar nicht so gemeint. In der Krise sind sie die Ersten, die nach dem starken Staat rufen.

Frei nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren.

Für wie dumm wollen uns diese Herrschaften eigentlich verkaufen?!

Vielleicht sollten wir an die Bildungsministerin Schavan appellieren, damit sie diesen Herren auf die Schnelle eine Weiterbildungsmaßnahme verpasst. Meine Empfehlung:

Grundlehrgänge in Volkswirtschaft I und II.

Oder ist das schon zu anspruchsvoll? Vielleicht sollten sie lieber einen Grundkurs „Lesen für Anfänger“ besuchen?!

Dann könnten sie zum Beispiel im CDU-Programm von 1947, dem Ahlener-Programm, folgendes lesen: „Der Kapitalismus ist den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“

Wäre diese Erkenntnis schon 1947 befolgt worden, dann wäre uns einiges erspart geblieben!

Stattdessen stehen wir jetzt vor einem Scherbenhaufen.

Kolleginnen und Kollegen, das kann doch nicht angehen!

Wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, erwirtschaften ihren Aufschwung. Bei MTU, bei ZF, bei Zollern, bei Georg Fischer, und in all den anderen Unternehmen, die sich in den letzten Jahren dumm und dämlich verdient haben.

Mit unsrer Hände und unsrer Köpfe Arbeit sorgen wird dafür, dass die Gewinne der Unternehmen in den letzten fünf Jahren um satte 220 Prozent steigen.

Und jetzt wollen sie uns einfach auf die Straße setzen?!

Nein, Kolleginnen und Kollegen! An die Adresse der Unternehmer sage ich hier klar:

Wir zahlen nicht für Euer Versagen!

Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Ich frage Euch: Wollt Ihr dafür zahlen, Kolleginnen und Kollegen?! Wollen wir dafür zahlen?!

Früher hieß es: Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Doch die Gewinne haben die Zocker an den Finanzmärkten verbrannt!

Auch unsere Herren und Damen Arbeitgeber haben ihre Gewinne auf der Jagd nach uferlosen Renditen auf die Finanzmärkte geworfen, statt damit die Unternehmen zukunftssicher zu machen.

Deswegen muss es heute heißen: Die Gewinne von gestern sind die Arbeitslosen von morgen! Was sie gestern verzockt haben, das wollen sie heute wieder reinholen, indem sie die Leute rauswerfen!

Aber diese Rechnung geht nicht auf!  
Das machen wir nicht mit, Kolleginnen und Kollegen! Nicht mit uns!

Wir als IG Metall fordern: „Keine Entlassungen in 2009!“

Da sind wir uns mit allen Gewerkschaften im DGB völlig einig:

Keine Entlassungen in der Krise!

Wir stehen hier für Arbeit und für Ausbildungsplätze!

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht Verlierer einer Krise sein, die sie nicht verschuldet haben!

Wenn es weniger Aufträge in den Unternehmen gibt, dann ist die Lösung nicht Entlassung. Dann heißt das Stichwort: kreatives Arbeitszeitmanagement.

Was man lange nur hinter vorgehaltener Hand sagen durfte, das ist jetzt mit der Kurzarbeit wieder brandaktuell: Arbeitszeitverkürzung sichert Beschäftigung.

Unsere Devise lautet deshalb: Stunden entlassen, nicht Menschen! Die Arbeit, die da ist, wird auf alle Schultern verteilt, damit alle an Bord bleiben können.

Wir wollen eine solidarische Lösung in den Betrieben für das drohende Beschäftigungsproblem! Damit alle weiter Arbeit haben und niemand auf der Straße landet!

Dafür müssen die Unternehmen sorgen. Dafür muss die Politik sorgen. Und dafür werden wir gemeinsam sorgen! In der betrieblichen Auseinandersetzung, auf der Straße und bei der Bundestagswahl im Herbst!

Kolleginnen und Kollegen,

diese Wirtschaftskrise ist kein Naturereignis. Sie ist das Ergebnis eines Handelns von Wirtschaft und Politik. Eines Handelns, das gegen die Interessen der Menschen gerichtet war.

Damit muss jetzt Schluss sein!

Ich sage klar und deutlich: Es muss alles getan werden, um die Krise zu bewältigen.

Es muss aber auch alles getan werden, um die Ursachen abzustellen. Und vor allem, um die Verursacher zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Profiteure, die über Jahre den Hals nicht voll genug kriegen konnten, müssen zur Kasse gebeten werden!

Wir wissen, wem wir diese Krise zu verdanken haben!

Den Managern der Banken und Finanzfonds, die Milliarden in den Sand gesetzt haben!

Die haben nicht Monopoly gespielt, Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht wie am Wohnzimmertisch: Man verzockt sich und geht zurück auf Los. Bei Monopoly gibt es nämlich Spielregeln. In denen heißt es zum Beispiel: Die Bank kann niemals pleite gehen. Das, was die Zocker auf den Finanzmärkte angestellt haben, das war echt!

Jetzt verlangen sie mit der einen Hand nach Steuergeldern, mit der anderen füllen sie ihre eigenen Taschen! Obwohl sie einen Totalschaden verursacht haben, fordern sie jetzt noch dicke Bonus- Zahlungen! Das ist nicht nur unanständig. Das ist obszön!

Wir haben diese Krise den Politikerinnen und Politikern zu verdanken, die dem Finanzkapitalismus den Weg bereitet haben.

Sie haben die Finanzmärkte liberalisiert. Die Arbeitsmärkte dereguliert. Sie haben die sozialen Sicherungssysteme privatisiert und sie sind verantwortlich für die gigantische Umverteilung von unten nach oben in diesem Land.

Zu diesem missratenen Konzert hat die Kapelle aus Wissenschaft, Zeitungen, Funk und Fernsehen die ideologische Begleitmusik gespielt.

Und last but not least: Wir haben diese Krise den Arbeitgebern und ihren Institutionen zu verdanken. Allen voran der Manipulationsfabrik Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft!

Mit dieser Meinungsfabrik verbreiten die Arbeitgeber ihren neoliberalen Radikal-fundamentalismus. Über prominente Botschafter wie Lothar Späth, Dr. Oetker und Roland Berger. Sogar der Handballtrainer Heiner Brand lässt sich vor diesen Karren spannen.

Diese Initiative kommt schon wieder aus ihren Löchern gekrochen, um neue Propaganda zu verbreiten.

An diese Adresse sage ich: Herr Kannegiesser! Beenden sie endlich diesen Unsinn! Die Krise zeigt: Ihre neue soziale Marktwirtschaft ist von der Geschichte überholt!

Wir brauchen mehr Wirtschaftsdemokratie! Und keine neue soziale Marktwirtschaft á la Kannegiesser, Hundt, Ackermann und Co.

Allen, die es trotz Milliarden-Finanzcrash immer noch nicht verstehen, sagen wir: Der Neoliberalismus hat abgewirtschaftet! Die Ideologie des freien Marktes und der maßlosen Renditeorientierung ist passé!

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt umzusteuern! Wer ein totes Pferd reitet, der sollte lieber absteigen! Sonst fällt er selbst bald tot herunter!

Angesichts dieser Krise brauchen wir grundlegende Alternativen. In der Gesellschaft und in den Betrieben.

Wir haben zwar politisch schon einiges erreicht. Zum Beispiel die Abwrackprämie. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate.

Aber all die getroffenen Maßnahmen reichen bei weitem noch nicht aus!

Sie helfen zwar über die erste Durststrecke hinweg. Aber wir wissen alle: Einen Flächenbrand kann man nicht mit der Gießkanne bekämpfen!

Wir brauchen endlich eine wirksame Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte!

Sonst ist nach der Krise schnell vor der Krise. Ein „Weiter-so“ darf es nach diesem Desaster nicht geben! Das Spielcasino muss endlich geschlossen werden!

Die Banken müssen wieder das tun, was ihre ursprüngliche Aufgabe ist: Sie müssen den Unternehmen Kredite geben! Damit weiter produziert werden kann! Damit unsere Arbeitsplätze erhalten bleiben!

Die Weltwirtschaft braucht Regeln. Sie braucht mehr Demokratie und mehr Ökologie, damit wir alle auf diesem Planeten eine Zukunft haben!

Die Wirtschaft, die Unternehmen, aber vor allem Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land müssen endlich wirksam vor Zockern und Renditejägern geschützt werden!

Dazu gehört auch, dass wir die Eigentumsfrage neu stellen. „Eigentum verpflichtet.“ Das ist kein Satz der Gebrüder Grimm. Das steht in unserem Grundgesetz.

„Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, heißt es in Artikel 14 weiter.

Manchmal frage ich mich, ob der Allgemeinheit nicht besser gedient wäre, wenn die Menschen gemeinsam über das Eigentum bestimmen könnten und nicht nur die Manager.

Wenn wir in den Betrieben entscheiden könnten, wie wir arbeiten wollen, was produziert wird und wo die Gewinne landen.

Nicht umsonst steht in Satz 3 dieses Grundrechtes: „Eine Enteignung ist (nur) zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“

Diesen Satz vergessen die Herren und Damen in Politik und Wirtschaft gerne. Lasst uns dafür sorgen, dass sie diesen Satz nicht länger ignorieren können!

Unsere Antwort auf die Krise ist:

Mehr Mitbestimmung und nicht weniger!

Mehr demokratische Kontrolle in der Wirtschaft und in den Betrieben!

Der Verzicht, den uns viele schon wieder predigen, ist Gift für die Wirtschaft.

Wir brauchen mehr Geld zum Ausgeben und nicht weniger!

Wir brauchen kürzere Arbeitszeiten und nicht längere!

Wir brauchen eine gerechtere Verteilung dessen, was wir erwirtschaften!

Und vor allem: Wir müssen die Industriestrukturen in diesem Land erhalten! Die Industrie ist die Basis unseres Wohlstandes!

Was wäre diese Region hier ohne ihre industrielle Struktur?!

Der Bodensee ist zwar auch zum Fahrradfahren sehr schön. Ich bin selber gerne hier, um in dieser herrlichen Landschaft mal so richtig auszuspannen und den guten Wein zu genießen.

Aber ohne Industriestruktur würde die Region doch den Bach runter gehen! Das wäre ja fast so, als ob der Bodensee austrocknen würde!

Da muss man doch was tun!

Der Staat muss sich finanziell an Unternehmen beteiligen, um die industriellen Kerne zu retten!

Zum Beispiel Opel. Weil der Mutterkonzern GM pleite geht, fürchten Tausende Beschäftigte bei Opel und bei den Zulieferern um ihre Arbeitsplätze. Wenn Opel stirbt, können Tausende Beschäftigte ihre Zukunft begraben.

Wenn sich kein Investor findet, muss der Staat etwas tun! Aber eins muss dabei klar sein: Wo öffentliches Geld fließt, da muss auch öffentliche Beteiligung her! Und zwar nicht nur in schlechten Zeiten!

Der Staat sollte sein Geld ausgeben, um die Wirtschaft zu stabilisieren und kurze Arbeitszeiten fördern. Dann muss er auch keine Arbeitslosigkeit finanzieren, die die Menschen ohne Perspektive lässt!

Aber Kolleginnen und Kollegen,

ich sage auch: Wir wollen gute Arbeit! Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis.

Wir wollen Arbeitsverhältnisse, in denen die Menschen in Würde arbeiten können und in denen sie Respekt erfahren.

Ich frage Euch:

Was sind das für Arbeitsverhältnisse, in denen eine Kassiererin bei Kaiser´s nach 31 Jahren entlassen wird, weil sie einen Pfandbon im Wert von 1,30 unterschlagen haben soll?!

Was sind das für Arbeitsverhältnisse, in denen Menschen massenweise bespitzelt werden, wie bei Lidl oder bei der Deutschen Bahn?!

Arbeitsverhältnisse, in denen die Beschäftigten unter Generalverdacht gestellt werden und Herr Mehdorn es noch nicht einmal für nötig hält, sich bei den Beschäftigten zu entschuldigen?!

Haben solche Arbeitsverhältnisse etwas mit Würde und Respekt zu tun, Kolleginnen und Kollegen?!

Nein, Bespitzeln und Verpfeifen, das sind Methoden, die in einer Demokratie geächtet gehören! Als sittenwidriges Verhalten!

Aber statt sich zu entschuldigen, fordert Herr Mehdorn zum Abschied noch 4,9 Millionen Euro von der Deutschen Bahn! Wir wissen also jetzt schon, in wessen Tasche die nächste Fahrpreiserhöhung fließt!

Wer sein Wochenendticket weitergibt, den bestraft die Bahn. Aber wer die Beschäftigten bespitzelt, soll belohnt werden?!

Nein, Kolleginnen und Kollegen, so weit darf es nicht kommen!

Ich frage Euch: Hat das etwas mit Würde und Respekt zu tun, dass die Menschen immer länger arbeiten müssen und sich kaputt schuften, während die Jungen keinen Job finden?!

Nur die Hälfte der Beschäftigten meint, dass sie ihren Job bis zur Rente durchhalten kann.

Die andere Hälfte weiß genau: Der Leistungsdruck nimmt zu. Die Arbeitszeiten werden ungesünder. Ihr merkt das in den Betrieben.

In der Metall- und Elektroindustrie arbeiten weniger als drei Prozent der Beschäftigten bis sechzig Jahre. Die anderen hören vorher auf. Nicht, weil sie nicht mehr wollen. Sondern weil sie einfach nicht mehr können.

Das ist doch die Realität in den Betrieben!

Wir wenden uns entschieden gegen eine Politik, die diese Tatsachen ignoriert. Solch eine Politik hat keine Ahnung von der Lebenswirklichkeit der Menschen. Eine Politik, die das Rentenalter auf 67 heraufsetzt, leidet unter totalem Realitätsverlust!

Die Rente mit 67 ist eine sozialpolitische Sackgasse und ein arbeitsmarktpolitischer Holzweg! Sie war falsch, ist falsch und bleibt falsch!

Die Rente mit 67 muss zurückgenommen werden!

Gerade in der Krise brauchen wir mehr Möglichkeiten für Ältere, die Betriebe finanziell abgesichert zu verlassen. Wir brauchen mehr Möglichkeiten für die Jungen, nachrücken zu können!

Wir brauchen eine wirksame Beschäftigungsbrücke. Wir brauchen flexible Ausstiegsmöglichkeiten. Die Politik muss die Altersteilzeit weiter fördern!

In Würde leben und arbeiten und sich nicht kaputt schuften, das ist es, was wir wollen! Nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Gute Arbeit ist kein Privileg. Gute Arbeit ist ein Recht für jeden Menschen!

Gute Arbeit, bei der die Leistung der Beschäftigten anerkannt und gut bezahlt wird! Gute Arbeit, die Zeit lässt auch mal mit der Familie den Bodenseepfad zu erkunden und fangfrische Felchen zu essen!

Kolleginnen und Kollegen,

die Schere zwischen arm und reich geht in diesem Land immer weiter auseinander. Die reichsten zehn Prozent haben in den letzten Jahren fast zwanzig Prozent mehr Geld bekommen – die ärmsten zehn Prozent fast zwanzig Prozent weniger!

Jeder vierte Bürger in Deutschland steht am Rande der Armut.

Der größte Skandal in dieser Armutsbilanz: 1,7 Millionen Kinder leben in Deutschland auf Grund von Hartz IV unter dem Existenzminimum!

Diese Kinder lernen in Mathe nicht mehr, wie lange sie ihr Taschengeld für ein neues Fahrrad sparen müssen! Diese Kinder lernen in Mathe, dass mit Hartz IV nichts mehr für Taschengeld übrig bleibt!

Das Bundessozialgericht hat vor kurzem bestätigt: Der Regelsatz für Hartz IV-Kinder ist verfassungswidrig! Die Politik sollte vor Scham unter den Teppich kriechen über dieses vernichtende Urteil!

Wir brauchen eine sofortige Anhebung der Hartz IV Regelsätze auf ein Niveau, das gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben ermöglicht!

Die Hartz IV Almosen haben mit einem Sozialstaat so viel zu tun wie Edelstahl mit Diebstahl: nämlich gar nichts!

Nicht die Banken sind notleidend. Notleidend sind die fast zwei Millionen Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind!

Nicht die Banker sind notleidend. Notleidend sind die Ein-Euro-Jobberinnen, die eine Familie ernähren müssen!

Geld ist genug da! Das zeigen die Milliarden, die jetzt an die Banken gegeben werden. Es muss nur endlich anders verteilt werden!

Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland so groß wie in keinem anderen Land in Europa. Über ein Fünftel der Beschäftigten bekommt für seine Arbeit einen Lohn, der nicht für ein anständiges Leben reicht.

Arm trotz Arbeit - das ist Realität in Deutschland!

Es ist ein Skandal, dass Menschen wie Ihr hier am Bodensee den ganzen Tag malochen, aber am Ende nicht wissen, woher sie das Geld für die nächste Miete nehmen sollen!

Wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland, der solche Armuts-löhne verhindert! Von Arbeit muss man anständig leben können!

Egal ob als Mini-Jobber, als Azubi oder als Leiharbeiter!

Es kann doch nicht angehen, dass Beschäftigte nebeneinander über Jahre die selbe Arbeit machen. Aber die eine bekommt ein paar hundert Euro weniger als der andere!

Der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ muss endlich in allen Betrieben Wirklichkeit werden!

Eine Gesellschaft, die diesen Grundsatz nicht akzeptiert, werden wir nicht akzeptieren!

Dieses Wirtschaftsmodell, das von den Armen noch mehr Verzichte fordert, aber die Reichen immer reicher macht, hat abgewirtschaftet! Es gehört auf den Schrotthaufen der Geschichte!

Das ist doch die Wahrheit, die endlich mal gesagt werden muss!

Wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Einkommen und des Reichtums.

Eine gerechtere Einkommensverteilung trägt zur Stabilisierung der Binnenwirtschaft in der Krise bei.

Als Gewerkschaften werden wir in der Krise alles dafür tun, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. Denn das ist der beste Schutz davor, nicht in Armut abzugleiten.

Wir werden auch alles dafür tun, dass die Einkommen nicht sinken.

Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem die Beschäftigten in den letzten zehn Jahren reale Einkommensverluste hatten.

Dieser Trend darf durch die Krise nicht verstärkt werden! Wir müssen die Einkommen stabilisieren und die Binnenkaufkraft stärken!

Kurzum: Wir brauchen mehr Geld in der Tasche! Nur dann können wir es auch ausgeben. Nur dann springt die Wirtschaft wieder an!

Wir müssen Arbeitsplätze und Einkommen der Beschäftigten sichern!

Denn eins muss klar sein: Wir zahlen nicht die Zeche für den gescheiterten Finanzmarktkapitalismus!

Wir müssen verhindern, dass Ihr, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Opfer der Krise seid.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die Krise nicht verursacht Trotzdem werden sie als Steuerzahler zu ihrer Bewältigung herangezogen.

Wir müssen das Geld da holen, wo es ist: Bei den Reichen und Superreichen. Die müssen zahlen, ob durch Vermögenssteuer, Millionärssteuer oder Zwangsanleihen!

Wir wollen nicht mit ansehen, wie mit unserem Geld die Banken, aber keine Arbeitsplätze gesichert werden!

Dahinter steckt eine Mentalität, die uns der ehemalige Hypo-Real-Estate Vorstandsvorsitzende und Versager Funke vormacht. Er klagt nach seiner Entlassung 3,5 Millionen Abfindung ein.

Bei dieser Bankenkrise frage ich mich: **Wofür wird der überhaupt bezahlt?!** Für geschäftsschädigendes Verhalten?!

Erst zocken die Banken mit Luftblasen,  
rufen ein Super-Jahr nach dem anderen aus,  
haben Dollar-Zeichen in den Augen, wenn sie auf ihre zweistelligen Rendite schauen.

Und wenn die Blase platzt, sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das mit Jobverlust bezahlen?!

Das können sie sich abschminken! Ich sage es noch einmal: Wir zahlen gar nichts!

In solchen Zeiten wird die Gefahr groß, dass sich die Menschen den politischen Rattenfängern am rechten Rand zuwenden.

Willi Bleicher hat gesagt: „Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen bücken.“ Der aufrechte Gang, das zeichnet den mündigen Menschen aus.

Wir müssen dafür sorgen: Die Menschen dürfen nicht ins Bodenlose fallen. Denn das ist die Voraussetzung für einen aufrechten Gang!

Das ist die Voraussetzung dafür, dass sie nicht den dumpfen Hass-Parolen der Nazis hinterherlaufen.

Wer Angst vorm eigenen Abstieg hat, der glaubt leicht, dass nach oben buckeln und nach unten treten der richtige Ausweg ist. Der glaubt, dass man im Gleichschritt besser durchs Leben kommt als im Walzerschritt.

Wie die Nazis, die heute in Ulm marschieren wollen.

Wir sagen heute und hier, laut und deutlich:

In unserer Welt ist kein Platz für Rassismus und Ausländerhass! Kein Platz für Nationalismus und Antisemitismus!

Kein Nazi-Aufmarsch in Ulm!

Wir senden unsere Unterstützung und unsere Solidarität nach Ulm, wo heute ein breites Bündnis gegen den NPD-Aufmarsch demonstriert!

Kein Nazi-Aufmarsch in Ulm, und auch nirgends sonst!

Nicht in Berlin, nicht in Dresden und nicht in Mainz, wo immer Nazis heute marschieren wollen.

Der erste Mai ist ein Tag der Solidarität! Kein Tag der rechten Ideologien, die zu Ausgrenzung, Krieg und Völkermord führen!

Wir setzen uns zur Wehr! Egal, ob die Nazis in Ulm marschieren wollen, hier am Bodensee oder wo und wann auch immer!

Wir haben aus der Geschichte gelernt. Wir wissen:

Faschismus ist keine Meinung! Faschismus ist ein Verbrechen!

Nazi-Parteien dürfen nicht auch noch vom Staat Geld erhalten!

Nazi-Parteien müssen endlich verboten werden!

Dafür haben wir uns mit unserer Kampagne NO-NPD eingesetzt. Über 175 000 Unterschriften haben wir gesammelt, damit die NPD endlich verboten wird.

Das ist ein Riesenerfolg, Kolleginnen und Kollegen!

Jetzt ist es an der Politik, unsere Forderung auch endlich umzusetzen! Die NPD muss verboten werden!

Ein NPD-Verbot alleine reicht aber nicht aus. Rechtsextremes Denken setzt sich auch ohne die NPD in viel zu vielen Köpfen fest. Den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft, mit der Politiker aller Parteien auf Wählerfang gehen, gibt es auch ohne NPD.

Diesen Tendenzen treten wir überall entgegen: Im Betrieb, im Biergarten, auf der Straße.

In diesem Superwahljahr sorgen wir dafür: Keine Nazis, kein Rassisten, keine Antisemiten in die Parlamente! Egal, welches Parteibuch sie haben!

Gerade in Krisenzeiten muss das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden. Es muss gerecht zugehen. Und die Menschen müssen das merken.

Vertrauen schafft man mit neuen Konzepten! Mit Konzepten, die Gerechtigkeit und Sicherheit für alle garantieren.

Vertrauen in die Politik braucht einen handlungsfähigen Staat, der Gerechtigkeit schafft.

Vertrauen in die Zukunft braucht soziale Sicherheit, die für wirksamen Schutz vor sozialem Abstieg sorgt.

Dazu brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Der Staat muss genug Geld in den Sozialkassen haben, um soziale Sicherheit für die Menschen zu gewährleisten.

Denn eins merken wir doch immer wieder: Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten!

Wir brauchen leistungsfähige Sozialsysteme. Die Sozialsysteme, müssen die Menschen auffangen. Sie müssen Armut verhindern und nicht Armut produzieren!

Ein sozialer Staat kann und darf Armut und soziale Ausgrenzung inmitten einer reichen Gesellschaft nicht hinnehmen!

Ein sozialer Staat darf es nicht zulassen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, in der Rente vor dem Nichts stehen! Ein Leben im Alter muss ohne Armut möglich sein!

Kolleginnen und Kollegen,

ich bin mir nicht sicher, ob es nach der Bundestagswahl eine Politik in unserem Sinne geben wird. Egal, welche Regierungskonstellation wir bekommen.

Eins weiß ich aber genau: Von alleine bewegt sich in der Politik gar nichts. Deshalb sage ich: Entschieden wird in den nächsten Monate nicht nur in den Parlamenten! Entschieden wird auch auf der Straße! Nur, wenn wir Druck machen, wird sich was bewegen!

Nur, wenn wir Druck machen, werden Politik und Wirtschaft begreifen: Wir meinen es ernst! Wir wollen grundlegende Veränderungen – und zwar jetzt!

Noch ist die Debatte um soziale Unruhen in Deutschland größer als die Unruhe selber. Aber das kann sich ganz schnell ändern!

Wenn sich die Krise verschärft und Massenentlassungen auf der Tagesordnung stehen, dann erzeugt das sozialen Sprengstoff. Dann sind Proteste unausweichlich. Dann wird es Widerstand geben. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden dann mit Sicherheit an der Spitze der Proteste stehen.

Das hat nichts mit Krawallmachen zu tun. Es ist unser demokratisches Recht, auf die Straße zu gehen und unsere Meinung zu sagen. So laut, so lange und so deutlich, bis es auch die Letzten verstehen!

Unsere Demonstrationen heute sind nur der Anfang. Ich fordere Euch auf: Kommt am 12. Mai zu unserer Demo hier in Friedrichshafen. Auch am 12. Mai treten wir hier gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus Singen dafür ein: Wir brauchen einen Schuttschirm für Beschäftigung!

In ganz Baden-Württemberg demonstrieren in dieser Woche Beschäftigte dafür, dass die Lasten der Krise nicht auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden.

Am 16. Mai werden Beschäftigte in ganz Europa demonstrieren. Ich hoffe, wir sehen uns am 16. Mai in Berlin!

Dort demonstrieren wir für einen neuen Sozialpakt in Europa.

Auch dort sagen wir: Die Verursacher der Krise müssen zahlen! Nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Für ein soziales Europa, das Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung bekämpft und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge garantiert.

Für gutes Entgelt und sichere Renten!

Für einen starken Sozialstaat und mehr Kaufkraft durch höhere Leistungen.

Und: Für mehr Mitbestimmung, um die Beschäftigten zu schützen und die Wirtschaft zu stärken.

Wir sagen: Schluss mit der Politik, die uns in diese Krise geführt hat! Macht endlich wieder Politik für die Menschen, die Euch wählen sollen!

Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen hier

für den Erhalt unserer Arbeitsplätze!

Für gute Arbeit!

Für fairen Lohn, von dem man gut leben kann!

Wir wollen, dass es gerecht zugeht! Im Betrieb, in der Gesellschaft, zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen!

Wir stehen hier für eine Welt, in der für alle ein gutes Leben möglich ist.

Für eine Welt ohne Hunger, ohne Krieg und ohne globale Ungerechtigkeit.

Für eine Welt, in der alle Menschen in Frieden leben können. Für eine Welt ohne Atomwaffen!

Wir kämpfen gemeinsam für ein gutes Leben. Unsere Arbeit war nie einfach. Aber sie war immer erfolgreich, wenn wir solidarisch zusammenstehen!

Am ersten Mai hier an der Uferpromenade. Doch wie heißt es so schön: Der erste Mai, der erste Mai, ist nicht am zweiten Mai vorbei!

Heute lasst uns noch ein bisschen feiern. Morgen kämpfen wir wieder, für den Erhalt unserer Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen!

Einen schönen Mai uns allen!